

## Ansprache des Vorsitzenden Erwin Schmid vom bfg Bayern zum Jahreswechsel



Vorsitzender Erwin Schmid vom bfg Bayern. Foto: privat

Liebe Mitglieder und Freunde des bfg Bayern, in der ruhigen Zeit der langen Nächte können wir reflektieren, was war, und überlegen, was wir in der Zukunft machen möchten. Zuerst bitte ich Euch, Werbung für den Ludwig-Feuerbach-Schülerpreis zu machen. Die überzeugendsten Schülerarbeiten, die sich eigenständig mit einem Thema aus dem Bereich Ethik beschäftigen, insbesondere dem säkularen Humanismus oder kirchenfreier Selbstbestimmung, werden vom bfg

Bayern honoriert. Für den 1. Platz gibt es 500 Euro, für den 2. Platz 300 Euro und für den 3. Platz 200 Euro. Näheres wurde bereits in der letzten Freigeistigen Rundschau (FR) bekanntgegeben.

Die freigeistige säkulare naturwissenschaftliche Weltanschauung ist eine hervorragende, die beste mir bekannte Grundlage für eine glückliche Gestaltung des Lebens. Wir wurden alle wieder ein Jahr älter, und für das Weiterleben und Weiterwachsen des Bundes für Geistesfreiheit in der Zukunft brauchen wir mehr philosophisch interessierten Nachwuchs. Ich denke, dass die Weltanschauung sehr vieler junger Menschen sich mit den folgenden 14 Punkten deckt und wir sie für den Bund für Geistesfreiheit gewinnen können.

Der Bund für Geistesfreiheit Bayern ist eine Weltanschauungsgemeinschaft in der Tradition der europäischen Aufklärung. Er vertritt die Interessen und Rechte von Konfessionsfreien. Das Selbstverständnis seiner Mitglieder beruht auf der Lebensauffassung des weltlichen Humanismus.

1. Der weltliche Humanismus ist eine demokratische, nichtreligiöse, ethische Lebensauffassung. Danach haben alle Menschen das Recht und die Verantwortung, ihr Leben selbst zu bestimmen.
2. Ausgehend von der humanistischen Lebensauffassung fördern Humanistinnen und Humanisten den konstruktiven und friedlichen Austausch von Ideen. Sie lehnen jeden Dogmatismus ab und vertreten keine absoluten Wahrheiten.
3. Die Wissenschaften sind für den Humanismus ein unverzichtbares Hilfsmittel. Sie beruhen auf menschlichen Erfahrungen,

auf der Überprüfbarkeit ihrer Aussagen und auf der kritischen Beurteilung ihrer praktischen Konsequenzen. Wissenschaft wird nicht wertfrei und ohne Eigeninteresse benutzt. Daher müssen die Forschung und die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse an ethische Kriterien geknüpft werden.

4. Humanistinnen und Humanisten erleben die Welt in ihrer Vielfalt und Widersprüchlichkeit. Sie gehen davon aus, dass weder in der Natur noch in der Ferne des Kosmos eine „göttliche“ Kraft das menschliche Sein bestimmt.
5. Menschen sind Teil der Natur und der ökologischen Entwicklung. Nach humanistischer Auffassung müssen die Menschen Verantwortung für die Erhaltung der Arten und für die Bewahrung der natürlichen Lebengrundlagen übernehmen, die zum Beispiel durch die Bevölkerungsexplosion bedroht sind.
6. Die Menschen haben die Freiheit, zwischen verschiedenen Lebensauffassungen zu wählen. Humanismus setzt die Fähigkeit zu selbstbestimmter ethischer Entscheidung voraus. Selbstbestimmung bedeutet die Entfaltung persönlicher Freiheit in sozialer Verantwortung. Zur Selbstbestimmung gehört ebenso das Bewusstsein der Grenzen menschlicher Erkenntnis.
7. Selbstverantwortung und Solidarität der Menschen untereinander machen die Verwirklichung der Menschenrechte zu einem Schwerpunkt humanistischer Praxis.
8. Humanistinnen und Humanisten tragen dazu bei, die Vielfalt der menschlichen Lebensformen als Bereicherung zu erfahren. Deshalb wenden sie sich gegen jede Diskriminierung auf Grund von ethischer Abstammung, Geschlechtszugehörigkeit, nationaler oder sozialer Herkunft sowie auf Grund religiös-weltanschaulicher Bindungen oder homosexueller Orientierung. Diese Vielfalt und die Toleranz ist Ausdruck von Freiheit in einer Gesellschaft.
9. Krieg, Produktion von Massenvernichtungsmitteln und Waffenhandel sind Ausdruck inhumaner und irrationaler Verhaltensweisen. Dauerhafter Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit sind dagegen zentrale Ziele des Humanismus. Eine ideologisch-religiöse Hilfestellung für Armeen, etwa durch Militärseelsorge, steht im Widerspruch zu humanistischen Ideen.
10. Die humanistische Lebensauffassung begründet die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Emanzipation von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Die fortdauernde Herrschaft der Männer über die Frauen lässt sich mit der humanistischen Weltanschauung nicht verbinden und wird aktiv zurückgedrängt.
11. Humanistinnen und Humanisten setzen sich bewusst mit dem Sinn des individuellen Lebens auseinander und fordern einen menschenwürdigen Umgang mit Alter, Krankheit und Behinde-

rung. Eine Verklärung von menschlichem Leid als sinnstiftend lehnen sie ab.

12. Sterben und Tod sind Teilaspekte des Lebens, die weder zu verdrängen noch zu idealisieren sind. Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht des Individuums auch in der letzten Lebensphase, das das Recht auf den eigenen Tod einschließt.
13. Die Bereitschaft zur Verständigung ist die Grundlage, das Miteinander auf der Erde zu garantieren. Humanistische Lebensauffassung ist gekennzeichnet von Toleranz gegenüber allen Menschen, anderen Denk- und Lebensauffassungen und zu Religionen. Toleranz trifft ihrerseits auf Grenzen, wenn Menschenrechte verletzt beziehungsweise wenn Positionen der Intoleranz vertreten werden.
14. Humanistische Vereinigungen arbeiten international an der Verwirklichung der Menschenrechte. Ihre Vorstellung eines Zusammenlebens auf unserem Planeten liegt in menschenwürdigen Lebensverhältnissen, demokratischen Freiheiten und in der uneingeschränkten Selbstbestimmung für alle Menschen.

Bitte wirkt mit an einer vernünftigen Gestaltung eines nachhaltigen glücklichen Lebens. Die wichtigsten Dinge im Leben wie Liebe und Freundschaft können wir uns mit Geld auch im neuen Jahr sowieso nicht kaufen. Denn: Mit Geld kannst du dir viele Freunde kaufen, aber selten ist einer sein Geld wert.

Vieles wurde schon erreicht in über 70 Jahren Demokratie und Frieden in Deutschland, aber wann werden wir das Menschenrecht auf eine gute Arbeit, mit der auch eine „angemessene“ Wohnung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist, realisieren? „Schafft hier das Leben gut und schön. / Kein Jenseits ist, kein Aufersteh'n.“

„Es rettet uns kein höheres Wesen, / kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. / Uns aus dem Elend zu erlösen, / müssen wir schon selber tun.“ Wir versuchen die Welt zu begreifen, zu verstehen und zu gestalten mit unserem, zugegeben mangelhaftem, Wissen. Dabei gibt es Menschen, die kritisieren, und es gibt Menschen, die einen positiven Beitrag leisten. Manchmal gibt es auch Menschen, die beides tun. Angesichts der eigenen Fehler ist Vorsicht, Umsicht, Nachsicht mit sich selbst und mit anderen Menschen hilfreich. Für weitergehende Ideen und Anregungen wären wir dankbar.

## Das Unerforschliche

Wir Atheisten haben den Gottesglauben gewogen und leicht befunden, leichter als leicht. Denn das Leben ist mitsamt dem ganzen Universum komplex, komplexer als man es sich denken kann. Um ein Beispiel zu nennen: Wer etwas mit der Mikrobiologie zu

tun hat, weiß, dass es Objekte gibt, die man nicht einmal unter dem stärksten Mikroskop beobachten, sondern deren Vorhandensein erst messen und dann dokumentieren kann. Der Verfasser war gelegentlich in einer Klimakammer eines Max-Planck-Instituts gewesen und konnte beobachten, wie Kristalle gezüchtet werden. Ein Laie wird sich vielleicht denken, deren Grundlage wäre ein Stück Gestein. Dabei werden sie aus einem Stück Haut oder anderem lebendem oder (vermeintlich) totem Material gezogen. Auf diese Weise versucht man unter anderem die Ursache von Krankheiten zu finden und ihnen beizukommen. Wenn ein Rätsel gelöst ist, tut sich ein neues auf. Deshalb haben sogar Geistesgrößen wie Goethe davor kapituliert und gesagt: „Das schönste Glück des denkenden Menschen ist, das Erforderliche erforscht zu haben und das Unerforschliche ruhig zu verehren.“ Dann kann es auch keinen Menschenglauben an einen Menschengott mehr geben. Deshalb richten wir uns auch nicht nach den alten Herren in Rom, die nur Glauben predigen und nichts nachweisen können, sondern nach den Naturwissenschaften. Sie verstehen uns das Lebendige einigermaßen verständlich zu machen, ohne je auf den Grund gehen zu können. Unser Dichter Erich Kästner weiß zum Unerforschlichen auch etwas zu sagen: „Noch wächst der Mond. Noch schmilzt er hin. / Nichts bleibt. Und nichts vergeht. / Ist alles Wahn. Hat aber Sinn. / Nützt nichts, dass man's versteht.“  
*Heinz J.G. Gremer*

## Verstößt eine CO<sub>2</sub>-Abgabe aus philosophischer Sicht gegen die Ethik?

Bei der Landeshauptausschusssitzung (LHA) des bfg Bayern am 18. Januar 2020 in Bayreuth befasste sich Prof. em. Dr. Herbert Wiener vom bfg Schweinfurt auch mit obengenanntem Thema. Dabei bezieht er sich auf die Herbsttagung des Deutschen Ethikrats (DER) am 23. Oktober 2019 in Göttingen unter dem Motto „Meinen – Glauben – Wissen. Klimawandel und die Ethik der Wissenschaften“ mit Leitfragen zur Glaubwürdigkeit von Wissensvermittlung am Beispiel des Klimawandels und daraus abgeleiteter Forderungen.

Volker Friedrich Marten, ein Bildhauer aus Runkel an der Lahn, offenbar ein Gegner der freigeistigen Bewegung und Organisator/Vorsitzender der Initiative „Klima-Debatten-Kultur“, warf in diesem Zusammenhang zwei Tage später dem bfg Bayern vor, mit dem Eintreten für die Schüler-Umweltbewegung „Friday for Future“ bei der LHA-Strategietagung am 10. Juli 2019 in Schweinfurt seine ethischen Grundwerte nicht zu beachten, da der Klimawandel wissenschaftlich nicht eindeutig als Folge menschlichen Handelns nachgewiesen und durch die Aktivität der Sonne erklärbar sei. Demzufolge entspreche auch die geplante Besteuerung von „lebenswichtigen“ CO<sub>2</sub>-Emissionen weder „unseren christlichen Werten“ noch sei sie mit ethischen Grundwerten

vereinbar. Marten bat daher den bfg Bayern um Betrachtung und Standpunkt aus philosophischer Sicht.

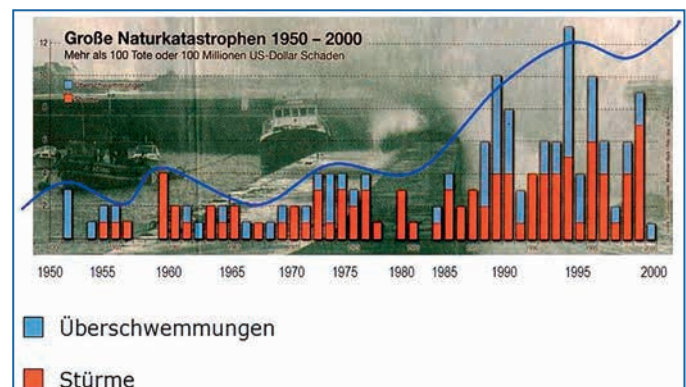
In seiner E-Mail an den bfg Bayern verstieg sich dabei Marten zu unglaublichen Vergleichen und Hinweisen auf Beispiele der Korruption von Wissenschaftlern zum Machterhalt Europas. Die Antwort des bfg Bayern werde in ein Kompendium aufgenommen und dem Deutschen Ethikrat im Nachgang zur Herbsttagung als Anregung zu einer philosophisch-ethischen Diskussion vorgestellt.

Prof. em. Dr.-Ing. Herbert Wiener, Mitglied des LHA und beruflich langjährig an der Hochschule Würzburg-Schweinfurt mit der Durchführung des Wahlpflichtfaches über „Regenerative Energien – Grundlagen und Anwendungen“ tätig, bestätigte in seinem fundierten Vortrag die Auffassung des bfg Bayern, dass sowohl die Erhebung einer Abgabe auf CO<sub>2</sub>-Emissionen als auch die Unterstützung der Schüler-Umweltbewegung Friday for Future aus philosophischer Sicht und gemessen an der Verfassung des bfg Bayern und der UN-Charta der Menschenrechte sehr wohl vereinbar seien. Diese Auffassung wurde nach reger Diskussion in Bayreuth von den Mitgliedern der LHA einstimmig bestätigt.

Bei der CO<sub>2</sub>-Besteuerung geht es nach aktueller Vorlage nicht um das Verbot der Ausatmung des Menschen. Dies sei eine böswillige Unterstellung, um das Gesetz ad absurdum zu führen. Es geht um die Reduzierung der als Wärmeschild der Erde wirkenden Treibhausgase in den Bereichen Gebäude, Industrie, Handel, Dienstleistungen, Verkehr, Landwirtschaft, Energie, wobei CO<sub>2</sub> dabei der umfangreichste Schadstoff sei und seine Emissionsbegrenzung unverzichtbar für eine Begrenzung der Temperaturerhöhung der Erdatmosphäre und das Überleben höher entwickelter Lebewesen insgesamt sei.

Die seit den Aufzeichnungen zunehmenden Wetterextreme führen zu Hitze und Dürre mit Ernteausfällen gerade in den Entwicklungsländern, sie führen zu Brandkatastrophen wie zuletzt in Kalifornien oder in Australien, sie führen zu riesigen Überschwemmungen wie zuletzt in Indien und Bangladesch, aber auch in Europa, und sie führen zu einem nie vorher gemessenen Abschmelzen der Polkappen mit Erhöhung des Meeresspiegels und damit verbundenen Bedrohung des Lebensraumes von hundert Millionen Menschen, insbesondere in Asien. Zur Rettung ihrer Existenz werden Klimaflüchtlinge in sichere Kontinente fliehen, mit allen Mitteln.

Sowohl für den Energiebereich (Einsparung, Effizienzsteigerung, Erneuerbare, Speicher und Leitungen), für den Gebäudebereich (Wärmedämmung, Energieerzeugung, Intelligente Architektur, Nah-/Fernwärmenetze), für den Bereich der Mobilität (sichere



aus Wikipedia/Wikimedia 2019

Fuß- und Radwege, Elektro-Zweiräder, ÖPNV, Intelligente Pkw-Nutzung, Elektro-/Wasserstoff-Antriebe, Schiffsverkehr), für die Landwirtschaft (Bioprodukte, Qualitätsanforderungen, Regionalversorger, Vorgaben für Handelskonzerne), Industrie, Handel und Dienstleistungsgewerbe gibt es längst erfolgreiche Beispiele klimafreundlichen und nachhaltigen Verhaltens.

Nach Darstellung des Referenten suchen Menschen Sicherheit und haben Angst vor Veränderungen, die sie nicht überschauen. Diese Grundhaltung unterstützen die mächtigen Gruppen in der Gesellschaft, die von der jetzigen Lebens- und Wirtschaftsweise profitieren. Sie wollen ihre Investitionen lange gewinnträchtig erhalten und fürchten bei Veränderungen um Ertrags- und Macht einbußen. Diese Gruppen von der Notwendigkeit des eigenen Überlebens durch Übergang in eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu überzeugen, ist schwierig und aufwendig, aber die einzige Alternative zum Überleben.

Herbert Wiener

## Integration fördern – Zusammenhalt stärken

Die LAG Säkulare Grüne Bayern hat zur Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsfaches „Philosophie und Religionskunde“ für alle Schülerinnen und Schüler im November 2019 ein Positionspapier herausgegeben:

Deutschland hat sich seit Gründung der Bundesrepublik 1949 weltanschaulich-religiös stark verändert. Während 1951 noch mehr als 96 Prozent einer christlichen Kirche angehörten, ist die Zahl der Christinnen und Christen sowohl vor als auch nach der Wiedervereinigung 1990 in unveränderter Größenordnung kontinuierlich gesunken. Der Anteil der Katholiken sank von 35,4 auf 27,7 Prozent, der Anteil der Evangelischen von 36,9 auf 25,5 Prozent. Parallel dazu ist die Zahl der Menschen ohne organisierte religiöse Bindung stark gestiegen – darunter viele Atheistinnen, Atheisten und Agnostikerinnen, Agnostiker. Der Anteil der Konfessionsfreien sowie der Menschen ohne Religionszugehörigkeit lag Ende 2018 bei 37,8 Prozent.

Selbst laut einer von den beiden großen Kirchen in Deutschland geförderten Studie des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwig-Universität Freiburg wird diese Entwicklung weitergehen und sich die Zahl der Kirchenmitglieder bis 2060 halbieren.

Durch Einwanderung und Flucht leben heute einige Millionen Menschen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern bei uns, darunter nicht nur Muslimas und Muslime (ca. 5 Prozent), sondern zum Beispiel auch Christen und Christinnen, Alevitinnen und Aleviten, Yezidinnen und Yeziden und Menschen, die keiner Religion (mehr) angehören. Der Anteil der Angehörigen anderer (sonstiger) Religionsgemeinschaften liegt in der Gesamtbevölkerung bei knapp 4 Prozent.

Durch religiös motivierte Terroranschläge, Kriege und Vertreibungen sind in den letzten 50 Jahren weltweit viele Menschen umgekommen, davon Zehntausende in Europa.

In der Argumentation rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien spielen diffuse religiöse Hintergründe eine gewichtige Rolle. Sie erleichtern es, der oftmals völkischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Rhetorik den Anschein von Legitimität zu verleihen.

Eine Partei, die das friedliche Zusammenleben und den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern will, muss alle geeigneten Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Fundamentalismus und Terrorismus ergreifen.

Wo, wenn nicht in unseren Schulen, kann ein aufgeklärter kritischer Umgang mit religiösen und religionsfreien Weltanschauungen gelehrt und gelernt werden? Wie sollen Toleranz, Verständnis und Kritikfähigkeit gegenüber Andersgläubigen und Andersdenkenden wachsen, wenn dem nicht Raum gegeben wird in unseren Bildungseinrichtungen?

Für ein friedliches Miteinander braucht es Reflexion, Wissen und Diskussionen über unterschiedliche Weltanschauungen aus verschiedenen Perspektiven – auch und vor allem im jungen Alter und nicht zuletzt in einem geschützten und moderierten Raum, den die Schule idealerweise bietet.

Die beiden groß angelegten Studien der Theologischen Fakultäten der Universitäten Tübingen (2018) und Kiel/Flensburg (2017) unterstreichen, dass die Schülerinnen und Schüler mit großer Mehrheit für einen gemeinsamen Unterricht aller Konfessionen im Klassenverband sind. Den Schülerinnen und Schülern geht es dabei um „die Bedeutung des Lernens von Toleranz und Respekt gegenüber Anderen als Grundlage für gesellschaftliches Leben in religiöser Pluralität“ (Kiel/Flensburg)...

Es ist für den Zusammenhalt einer Gesellschaft äußerst wichtig, dass die grundlegenden Werte von einer großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger geteilt werden. Um dies zu erreichen und zu sichern, ist es erforderlich, besonders junge Menschen das Gemeinsame spüren und erleben zu lassen. Miteinander sollen sie die Welt und die menschliche Existenz ergründen, deuten und

verstehen lernen sowie erfahren, welche Antworten die verschiedenen religiösen und nichtreligiösen Weltanschauungen auf die Fragen, die sich dabei stellen, geben.

Bekenntnisgebundener Religionsunterricht führt nicht zusammen, sondern trennt. Es findet eine Aufteilung in formelle Gruppen statt, das persönliche Kennenlernen der religiösen oder nichtreligiösen Weltanschauungen der Mitschülerinnen und Mitschüler wird unterbunden.

Deshalb ist ein Unterrichtsfach erforderlich, das für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend ist und bei dem keine Trennung nach religiöser oder nichtreligiöser Weltanschauung erfolgt.

Es gilt Menschen zusammenzuführen und nicht zu trennen, zu integrieren und nicht zu separieren: durch ein Unterrichtsfach „Philosophie und Religionskunde“ von der ersten bis zur letzten Klasse; damit aus dem immer deutlicher wahrnehmbaren Ab- und Ausgrenzen ein Aufeinander-Zugehen wird.

aus Positionspapier der LAG Säkulare Grüne Bayern zur Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsfaches „Philosophie und Religionskunde“ für alle Schülerinnen und Schüler vom November 2019, gekürzt.

**Kommentar der FR: Und wo bleibt ein Papier der SPD, die seinerzeit den Bund für Geistesfreiheit (bfg) mitgegründet hat?**

## Eine echte Verstärkung für den bfg Bayern

*Eine echte Verstärkung erfährt der Bund für Geistesfreiheit (bfg) Bayern. Nachdem sich Nürnberg aus bestimmten Gründen vor Jahren abgespalten und dem HVD (Humanistischer Verband Deutschlands) angeschlossen hat, ist er wieder zurückgekehrt. Das ist für den bfg Bayern sehr wichtig, denn dessen Geschichte ist eng mit Nürnberg verknüpft. Siehe auch unter: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bund für Geistesfreiheit Bayern](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bund_für_Geistesfreiheit_Bayern)*

„Für mich ist Humanismus die beste Grundlage für das friedliche Zusammenleben aller Menschen“, bekannte Peter Schwachhofer, Vorsitzender des neu gegründeten bfg Nürnberg, am Rande der Gründungsversammlung am 29. November 2019 im Marmorsaal von Nürnberg. Die stellvertretende Vorsitzende Lea Finke sieht es als wichtige Aufgabe, den humanistischen Gedanken bekannter zu machen und damit „allen Menschen eine Stimme zu geben“. Denn die Leute, die nicht in der Kirche sind, brauchen mehr Vertretung, wie ihr Mitstreiter Simon Biller betonte: „Das wird wichtiger werden, ja mehr Konfessionsfreie es werden.“

Bei ihrem Plan, den neuen Ortsverband zu einer starken Interessenvertretung säkular denkender Menschen in der Frankenmetropole zu machen, will der neue Vorstand an eine lange Tradition anknüpfen. Die Wurzeln des Bundes für Geistesfreiheit in der Region reichen bis in die Zeit des Vormärz zurück. Seit sich in den 1990er Jahren jedoch der damalige Nürnberger bfg-Ortsverband in HVD Nürnberg umbenannte und dem Bundesverband des



Der neue Vorstand des bfg Nürnberg, hinten, von links: Peter Schwachhofer, Simon Biller, Stephan Angene, Frank Masson; vorne, von links: Lea Finke, Robert Boksmajder, Dietmar Fürnschlief, Konstantin Haubner.  
Foto: Hansjörg Albrecht.

Humanistischen Verbands Deutschlands beitrug, war der bfg nur noch in den benachbarten Orten Erlangen und Fürth mit Ortsverbänden vertreten.

Um die jetzige Neugründung des Nürnberger bfg zu feiern und den versammelten 14 Gründungsmitgliedern beratend zur Seite zu stehen, waren mit Frank Riegler, Prof. Dr. Theodor Ebert und Michael Stetter aus Erlangen und Dr. Franz Klebl aus Fürth nicht nur die führenden Vorstandsvertreter des bfg der direkten Nachbarorte gekommen, sondern auch Michael Wladarsch vom bfg München, Philipp Schramm vom bfg Kulmbach/Bayreuth und Erwin Schmid vom bfg Regensburg. Insgesamt nahmen fast 30 Personen an der stimmungsvoll gestalteten Veranstaltung teil. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des bfg Bayern übernahm Erwin Schmid die Rolle des Gastgebers und leitete die Versammlung im Marmorsaal in Nürnberg.

In einem einführenden Impulsvortrag ließ Helmut Fink als Kenner des säkularen Spektrums in Bayern und darüber hinaus die bisherige wechselvolle Historie des bfg Nürnberg einschließlich seiner eigenen Beteiligung in den 1990ern Revue passieren. Grußworte sprachen der Vorsitzende des Koordinierungsrates Säkularer Organisationen (KORSO), Dr. Rainer Rosenzweig, und der Philosophieprofessor Dr. Theodor Ebert als säkulares Urgestein der Region. Für musikalische Bereicherung sorgte das Nürnberger Duo „Clamat“ mit Claus Gebert (Klavier, Komposition) und Matej Fröbe (Perkussion).

Im formalen Teil des Abends wurde die zur Abstimmung vorliegende Satzung des neuen bfg Nürnberg nach Lesung und Diskussion mit einigen vorgeschlagenen Ergänzungen und Veränderungen beschlossen. Als Vorstand gewählt wurden neben dem oben erwähnten Peter Schwachhofer (Vorsitzender), Lea Finke (stellvertretende Vorsitzende) und Simon Biller (Schatzmeister), auch der aus beruflichen Gründen zum Termin verhinderte Raphael Sämann (Schriftführer). Als Revisoren und Revisor wurden gewählt: Franziska Angene und Robert Boksmajder. Als Beisitzer fungieren Stephan Angene, Dietmar Fürnschlief,

Konstantin Haubner und Frank Masson. Im Internet ist der neue bfg Nürnberg zu finden unter <https://bfg-nuernberg.de>  
Brynja Adam-Radmanic

## „Menschenrechte im Islam“

Zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember lud der Bund für Geistesfreiheit (bfg) Schweinfurt zum Fachvortrag „Menschenrechte im Islam“ ein. Der Politikwissenschaftler Michael Kraus vom bfg Schweinfurt führte als Moderator ins Thema ein, das der Philologe und Soziologe Dr. habil. Reinhold Münster (Universität Marburg, Universität Bamberg, FHWS Schweinfurt) dann mit einem ausführlichen Vortrag darstellte. Die Veranstaltung fand vor einem interessierten Publikum im Alten Feuerwehrhaus Schweinfurt-Oberndorf statt.

In seiner Präsentation ging Dr. Münster von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 aus. Diese Erklärung stellt eine universal gültige Ordnung dar, die er als Wissenschaftler und langjähriger Menschenrechtsaktivist (amnesty international) als Maßstab zur geistigen Einordnung und ethischen Orientierung verwendete. Den Menschenrechten stellte er das Konzept der Scharia als göttlicher Ordnung gegenüber, welcher der Moslem untertan sein soll. Dazu erläuterte er Grundlagen des islamischen Glaubens anhand des Koran.

Dr. Münster wies auf die Vielfalt der islamischen Gruppierungen hin, die von liberal-reformistisch bis zu konservativ-reaktionär reichen. Insofern könne man auch nicht von „dem Islam“ sprechen. Andererseits gebe es im Islam – wie im ebenfalls äußerst vielfältigen Christentum – viele gemeinsame Überzeugungen bei Sunniten und Schiten, den beiden Hauptrichtungen des Islam, die er seinem Vortrag zugrunde legte. Problematisch sei vor allem die Stellung des „Gottesrechts“ im Islam, der „Scharia“, die in den meisten islamischen Denkschulen jedes menschengemachte Recht breche.

So steht die Scharia in allen islamischen Menschenrechtserklärungen über den kulturellen, sozialen, politischen und bürgerlichen Rechten. Dies mache eine islamische Demokratie beziehungsweise ein friedliches Zusammenleben des Islam mit anderen Religionen schwierig. Doch im Dialog sei es möglich, gute Kompromisse zu erzielen. Viele Jahre engagiert in Asyl- und Integrationsarbeit (Ausländerbeirat Würzburg, Interreligiöser Dialog), konnte Dr. Münster dazu zahlreiche Beispiele nennen. Der Abend schloss mit einer munteren Diskussion, und viele Zuhörer debattierten anschließend noch weiter.

Herbert Wiener

## Die Abgründe der Katholischen Kirche

*Matthias Katsch (56) ist Philosoph und lebt in Offenburg. 2010 deckte er den Missbrauch am katholischen Berliner Canisius-Kolleg mit auf. Er selbst wurde dort als Schüler missbraucht und gründete die Betroffeneninitiative „Eckiger Tisch“. Sein Buch „Damit es aufhört“ erscheint in diesen Tagen.*

### **Spiegel: Sie haben gerade im Canisius-Kolleg einen Vortrag gehalten. Wie wäre für Sie, an diesen Ort zurückzukehren?**

**Katsch:** Ich fühlte mich wieder in die Schulzeit zurückversetzt. Die Veranstaltung fand im Dachgeschoss in einem neu geschaffenen Raum statt. Dort befanden sich früher die Zellen der jungen Jesuitenpriester, auch die des Serientäters Wolfgang S. Da bin ich viele Male gewesen. Bei so einem Vortrag ist meine Sorge, dass mich die Bilder aus der Kindheit einholen und blockieren. Eine solche Erfahrung machen Betroffene oft.

### **Spiegel: Ist das bei Ihnen auch so?**

**Katsch:** Ich habe daran gearbeitet. Es gab Situationen, in denen ich weinen musste. Aber man lernt auch mit therapeutischer Hilfe, dass man die Emotionen nicht überschwappen lassen darf und sich nicht in den Sog der Vergangenheit ziehen lässt. Man sagt sich, ich bin im Hier und Jetzt und habe eine Aufgabe zu bewältigen.

### **Spiegel: Im Januar 2010 schrieb der damalige Leiter des Canisius-Kollegs, Pater Klaus Mertes, einen Brief an 600 ehemalige Schüler, in dem die systematischen Übergriffe von Patres an dem Jesuitengymnasium offenlegte. Wie kam es dazu?**

**Katsch:** Kurz zuvor hatten zwei Mitschüler und ich Mertes offenbart, was uns widerfahren war. Wir wollten die Adressen aus dem Alumniverteiler haben, um an unsere Kameraden zu schreiben. Aufgrund des Tatmusters gingen wir von einer großen Opferzahl aus. Mertes entschied, den Brief selbst zu schreiben.

### **Spiegel: Sie zieltengar nicht auf eine öffentliche Wirkung?**

**Katsch:** Ursprünglich nicht. Wir hatten schlicht nicht daran gedacht, dass unter den Ehemaligen auch Journalisten sein würden. Doch als wir die Schlagzeilen sahen, fühlten wir Genugtuung.

### **Spiegel: Sie wurden von zwei Patres misshandelt. Einer schlug Sie auf den nackten Hintern.**

**Katsch:** Wolfgang S. War ein sadistischer Triebtäter. Es gehörte zu seiner Inszenierung, dass er einen das Instrument für die Schläge selbst wählen ließ. Die sexuelle Konnotation dabei habe ich damals nicht begriffen. Pater Peter R. hat mich monatelang bedrängt und wollte, dass ich mich in seiner Gegenwart selbst befriedige. Dem bin ich knapp entwichen.

### **Spiegel: Vergangenes Jahr wurde Peter R. aus dem Priesterstand entlassen, er verliert zudem seine Pensionsansprüche. Eine angemessene Strafe?**

**Katsch:** Es war ein rein kirchenrechtliches Urteil. Wir mussten lange dafür kämpfen. Immerhin haben wir nun schriftlich, dass er ein Täter war. In einem Strafprozess musste sich keiner der beiden verantworten. Die Taten an mir waren 2010 verjährt.

### **Spiegel: Und Wolfgang S.?**

**Katsch:** Der ist fein raus, weil er freiwillig ausgeschieden ist. Er hat 1991 ein umfassendes Geständnis abgelegt, das heute fest verschlossen im Vatikan ruht. Weil er in Chile heiraten wollte, wo es keine Zivilehe gab, gestand er, um aus dem Priesterstand entlassen zu werden. Es wurde ihm gewährt.

### **Spiegel: Er wurde nicht belangt?**

**Katsch:** Er gab Hunderte Fälle zu: „Es ist eine traurige Tatsache, dass ich jahrelang Kinder und Jugendliche unter pseudopädagogischen Vorwänden missbraucht und misshandelt habe“, sagte er. Man hätte ihn anzeigen, die Opfer informieren müssen. Aber er lebt wohl weiter unbehelligt in Südamerika.

### **Spiegel: Ist der Skandal am Canisius-Kolleg inzwischen vollständig aufgeklärt?**

**Katsch:** Nein, es gab dort nie eine unabhängige wissenschaftliche Aufarbeitung. Nach wie vor fordern wir dies vom Orden und der Schule, sie müssen sich ihrer Gewaltgeschichte stellen. Eine solche Studie fehlt auch für die anderen Jesuitenschulen.

### **Spiegel: Die katholische Kirche hat seit 2010 einiges unternommen, um den jahrzehntelangen Missbrauch aufzuklären. Hat sie genug getan?**

**Katsch:** Noch lange nicht. Die Missbrauchsstudie von 2018 zu mindestens 1670 Tätern und 3677 Opfern hat nur die Spitze des Eisbergs gezeigt. Die Ordensgemeinschaften waren nicht einbezogen. Experten schätzen, dass etwa 100.000 Jungen und Mädchen in katholischen Instituten missbraucht wurden. Jetzt muss endlich alles aufgeklärt werden.

### **Spiegel: Was fordern Sie?**

**Katsch:** Eine systematische Aufarbeitung durch Experten, die alle Akten lesen und Zeugen befragen dürfen. Ich finde es erschreckend, dass das nach zehn Jahren noch immer nicht passiert ist. Ich hoffe aber, dass es bald dazu kommt, als Ergebnis der Verhandlungen mit der Unabhängigen Kommission der Bundesregierung. Eine staatliche Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission zur Kirche konnten wir leider nicht durchsetzen.

**Spiegel: Etliche Täter wurden von ihren Vorgesetzten geschützt. Wurden diese dafür zur Rechenschaft gezogen?**

**Katsch:** Weder strafrechtlich noch kirchenrechtlich wurde bisher ein Vorgesetzter verurteilt, der vertuscht und verheimlicht hat. Es wurde wohl nicht einmal ermittelt. Der damalige Bischof und der Domkapitular von Hildesheim, wo Peter R. später Seelsorger war, haben 2020 in einem nicht verjährten Fall durch ihre Fehler verhindert, dass R. vor Gericht gestellt wurde.

**Spiegel: Das Erzbistum Köln lässt derzeit von einer Münchner Kanzlei das Verhalten der Verantwortlichen untersuchen.**

**Katsch:** Ich wünsche mir, dass das bald auch in allen anderen Bistümern geschieht, und zwar unabhängig.

**Spiegel: Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der Bischofskonferenz, hat die Vertuschung angeprangert.**

**Katsch:** Er wäre noch glaubwürdiger, wenn er die 2010 von ihm veranlasste Auswertung der Personalakten im Erzbistum München baldmöglichst einer unabhängigen Aufarbeitungskommission zugänglich machen würde.

**Spiegel: Marx und der Missbrauchsbeauftragte Stephan Ackermann sprechen viel von Scham und Schuld. Wäre es besser, die beiden würden zurücktreten?**

**Katsch:** Ich nehme beiden ihre Betroffenheit ab. Aber die Kirche muss hinterfragen, ob diejenigen, die für dieses systematische Verheimlichen verantwortlich sind, jetzt weitermachen können. Das muss sich jeder deutsche Bischof fragen. Chilenische Bischöfe haben kollektiv ihren Rücktritt angeboten und dem Papst die Entscheidung über ihre Zukunft überlassen. Das wäre auch die Möglichkeit der Erneuerung bei uns. Wir brauchen null Toleranz. Wer als Bischof oder Provinzial vertuscht hat, der darf nicht länger Bischof oder Provinzial sein.

**Spiegel: An wen denken Sie?**

**Katsch:** Führungsverantwortung bedeutet auch, politische Verantwortung zu übernehmen. Kardinal Gerhard Ludwig Müller hat in seinem Bistum Regensburg alles dafür getan, um die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle bei den Domspatzen zu behindern. Er hat einen Täter weiterversetzt, der dann prompt in der nächsten Pfarrei wieder ein Kind missbraucht hat. So jemand sollte keine führende Rolle in der Kirche mehr spielen.

**Spiegel: Ist Ackermann der richtige Mann in diesem Job?**

**Katsch:** Bischof Ackermann hat seit 2010 eine Lernkurve hinter sich, wie die gesamte Kirche. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass seine Mitbrüder ihn ausreichend bei seiner Arbeit unterstützen.

**Spiegel: Was muss noch geschehen?**

**Katsch:** Was Hilfe, Unterstützung, Beratung, Entschädigung angeht, ist wenig bis nichts passiert. Jedes kleine Zugeständnis haben wir uns hart erkämpfen müssen. Es gibt noch immer keinen wirklichen Dialog mit den Betroffenen, wir werden nicht angemessen beteiligt. Aber es ist etwas in Bewegung geraten in der Kirche. Es geht nun um die Kernfragen: Umgang mit Macht, Sexualität, Homosexualität, Transparenz. Der Krisengipfel in Rom im vergangenen Jahr hat gezeigt, dass die Zentrale begreift, dass sie handeln muss.

**Spiegel: Will der Papst wirklich etwas verändern?**

**Katsch:** Ich glaube, er ist ein 83-jähriger Mann, dessen Zugänge zur modernen Welt begrenzt sind. Aber er hat eine persönliche Haltung, die ich gut finde. Er sollte nun die Geheimarchive im Vatikan mit Tausenden von Akten aus aller Welt für eine unabhängige Untersuchung öffnen und diese auch in Gang bringen. Das wäre eine historische Tat.

**Spiegel: Ist der Zölibat, den Ackermann als „wertvolle Lebensform“ verteidigt, ein Faktor im Missbrauchssystem?**

**Katsch:** Der Zölibat in seiner jetzigen Form ist Teil des Macht-systems der katholischen Kirche. Das ist der organisatorische Schlüssel, der die klerikale Pyramide zusammenhält. Diese neurotische Fixierung auf Sexualität in Verbindung mit Geheimhaltung, gegenseitiger Kontrolle und Machtmissbrauch haben ein System geschaffen, in dem Kinder die Opfer waren.

**Spiegel: Was haben Sie als Betroffenenorganisation erreicht?**

**Katsch:** Dass das Thema nach 2010 nicht verschwunden ist. Wir haben heute den Unabhängigen Missbrauchsbeauftragten, seinen Betroffenenrat, die Aufarbeitungskommission. Für die Opfer ist es heute leichter, an die Öffentlichkeit zu gehen. Leider hat die Gesellschaft aus dem Skandal auch nicht gelernt, besser hinzuzugucken. Missbrauch geschieht ja besonders oft in der Familie.

**Spiegel: Was haben Sie nicht geschafft?**

**Katsch:** Keiner hat bisher einen Euro Entschädigung bekommen. Es gab Anerkennungszahlungen von maximal 5000 Euro pro Person. Wir warten auf die Antwort der Bischöfe auf unsere Vorschläge für eine faire Entschädigung in Höhe von bis zu 400.000 Euro pro Person. Die Bistümer und Orden sollten dafür in einen Fonds einzahlen. Es sollte möglich sein, dafür auch Kirchensteuermittel einzusetzen. Als wir vor zehn Jahren unsere Geschichte erzählten, hatte ich keine Ahnung, dass das so ein Marathon werden würde. Und wir sind noch immer mittendrin.

aus DER SPIEGEL Nr. 3 vom 11.01.2020

## Das Recht auf Sterbehilfe

*Im Februar entscheidet das Verfassungsgericht über eine Beschwerde zur Sterbehilfe. Wer zieht künftig die Grenze, ab der Schwerkranken ein Recht auf professionelle Hilfe zum Suizid haben? Betroffene sagen: Wir.*

„Die Entscheidung, das Leben selbst zu beenden, ist ein Grundrecht“, sagt Medizinrechtsanwalt Wolfgang Putz aus Münster, „und weil die Wahrnehmung eines Rechts keine Rechte anderer tangiert, kann es keine Einschränkungen geben.“ Das Argument, dass Ärzte von manchen Patienten vor kaum lösbar Probleme gestellt werden, lässt Putz nicht gelten. „Suizidhilfe ist keine ärztliche Pflicht“, betont er, „wer von den Ärzten keine Sterbehilfe machen will, muss sie nicht machen. So ist es auch bei Abtreibungen, es gibt keine ärztliche Verpflichtung.“ Ungeklärt wäre allerdings immer noch, wer unter welchen Voraussetzungen welche Medikamente verschreiben darf. Die wenigen Ärzte in Deutschland, die bis 2015 Sterbehilfe leisteten, setzten jeweils eigene Mischungen ein, die in bestimmten Dosierungen tödlich wirken.

In der Schweiz wird Pentobarbital-Natrium als Medikament in der Sterbehilfe verwendet. In Deutschland ist dieses Präparat bezeichnenderweise nur für die Einschläferung von Tieren zugelassen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat allerdings 2017 in einem aufsehenerregenden Urteil entschieden, dass Pentobarbital-Natrium in Ausnahmefällen auch in Deutschland Schwerstkranken in „extremer Notlage“ gegeben werden müsse. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn von der CDU blockiert jedoch bislang die Abgabe des Medikaments.

Alle Beteiligten schauen jetzt nach Karlsruhe und erhoffen sich vom Bundesverfassungsgericht eine Lösung. Der Urteilsentwurf soll 100 Seiten dick sein, ist aus Rechtsanwaltskreisen zu hören. Im April 2019 gab es eine mündliche Anhörung vor dem Verfassungsgericht mit Palliativmedizinerinnen und -medizinern, Psychiatern, Hospizhelferinnen und Hospizhelfern. Die Äußerungen des Verfassungsgerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle ließen erahnen, dass der Paragraph 217 vom Bundesverfassungsgericht zumindest in Teilen als nicht grundgesetzkonform bemängelt wird.

Die Sorge, dass die Schwelle zum Suizid niedriger wird, haben die Befürworterinnen und Befürworter der Sterbehilfe nicht. „Niemand wird sich zu einem Suizid drängen oder überreden lassen und niemand wird sich leichtfertig suizidieren wollen“, sagt Michael deRidder vom Berliner Vivantes-Hospiz, das er gegründet hat. „Der Lebenswille im Menschen ist viel zu stark.“ *aus taz.die tageszeitung vom 11./12.01.2020, gekürzt*

## Sterbehilfe in Zahlen

**69 Prozent** der Deutschen befürworten die Erlaubnis eines ärztlich assistierten Suizids bei todkranken Patienten.

**30 Prozent** der Ärztinnen und Ärzte würden eine Regelung befürworten, die es ihnen erlaubt, einen unheilbar Kranken beim Suizid zu unterstützen.

**2 Prozent** aller Todesfälle gingen in Belgien 2018 auf aktive Sterbehilfe zurück – 2357 Menschen nahmen sie dort in Anspruch.

**67,1 Prozent** derjenigen, die sich in Belgien für die Sterbehilfe entschieden haben, waren älter als 70 Jahre.

**200 Menschen** – gerundet – fahren jährlich aus dem Ausland in die Schweiz, um dort Sterbehilfe zu bekommen. Die meisten stammen aus Deutschland.

*aus taz.die tageszeitung vom 11./12.01.2020*

## Terminvorschau des bfg Bayern

**21. März:** Landesversammlung mit Neuwahlen in München

**10. April:** Freigeister-Tanz am sogenannten Karfreitag

**9./10. Mai:** bfg-Ausflug nach Bad Frankenhausen und Mühlhausen/Thüringen

**21. bis 24. Mai:** Freie Akademie: „Nachhaltigkeit – Wie kann das gelingen?“ Tagung in der Frankenakademie Schloss Schney bei Lichtenfels. Näheres: [www.freie-akademie-online.de](http://www.freie-akademie-online.de)

**22. Mai:** Evolutionstag

**21. Juni:** Welthumanistentag

**Termin** und **Ort** erfragen: bfg-Sommerfest

**10. Dezember:** Tag der Menschenrechte

Genauer erfährt man bei den jeweiligen Ortsgemeinschaften.

## Unsere Rundfunksendungen 2020

*Freigeistige Betrachtungen* des bfg Bayern im Programm Bayern 2, UKW, unter „Positionen“: 19. Januar (Beginn 6.45 Uhr), 8. März (6.30 Uhr), 24. Mai (6.30 Uhr), 26. Juli (6.45 Uhr), 27. September (6.45 Uhr), 11. Oktober (6.30 Uhr), 22. November (6.45 Uhr), 27. Dezember (6.45 Uhr).

## Unsere Bestattungssprecher

**Wolfgang Günther**, Harald-Hamberg-Str. 32, 97422 Schweinfurt, Tel. 09721/32289

**Dr. Wolfgang Proske**, Goethestr. 34, 89547 Gerstetten, Tel. 07323/953501

**Erwin Schmid**, Waldweg 1, 93105 Tegernheim, Tel. 09403/3551 (nur Regensburg und Umgebung).

**Georg Schreiber**, Turnstr. 7, 90763 Fürth, Tel. 0911/706427 (seit über 35 Jahren).